

Rechtsgebiet: 15. Herzogtum Sachsen-Altenburg.

Gesetzliche Grundlage:

Städteordnung für das Herzogtum S.-A. vom 10. Juni 1897.

In der Stadt Altenburg ist auf Grund dieses Gesetzes eine Städteordnung vom 12. Juli 1898 erlassen, deren Bestimmungen im Nachstehenden mit berücksichtigt sind.

I. Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts.

Das Bürgerrecht wird erworben durch Verleihung durch den Stadtrat (=Magistrat). Vor der Verleihung wird der Bürger mittelst Handschlags verpflichtet. Ueber die Verleihung wird ein Bürgerbrief ausgestellt, für den eine Gebühr von 6 Mk. zu zahlen ist.

Berechtigt zum Erwerbe sind alle selbständigen Gemeindemitglieder, die

1. Altenburgische Staatsangehörige sind,
2. das 25te Lebensjahr vollendet haben,
3. seit 2 Jahren keine Armenunterstützung beziehen,
4. unbescholten sind,
5. zu den direkten Staatssteuern mit jährlich mindestens 4 Mk. 20 Pfg. eingeschätzt sind,
6. ihre öffentlichen Abgaben für die letzten beiden Kalenderjahre vollständig bezahlt haben,
7. entweder

a) im Gemeindebezirke ansässig sind, d. h. ein Wohngrundstück besitzen, oder

b) daselbst seit 2 Jahren ihren „wesentlichen Wohnsitz“ haben oder

c) vor ihrem Zuzuge in einer anderen Gemeinde des Herzogtums stimmberechtigte Bürger waren.

Von dem Erfordernisse des 2jährigen Wohnsitzes kann Befreiung erteilt werden.

Auch Frauen können das Bürgerrecht erwerben.

Verpflichtet zum Erwerbe sind alle berechtigten männlichen Gemeindemitglieder, die

1. seit 3 Jahren ihren wesentlichen Wohnsitz in der Gemeinde haben und
2. mindestens 15 Mk. direkte Staatssteuern jährlich entrichten.

Das Bürgerrecht ruht bei Personen, die sich im Konkurse befinden oder den Offenbarungseid geleistet haben, bis zur Befriedigung der Gläubiger; ferner bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Bezug von Armenunterstützung (falls sie nicht durch Krankheit oder Unfall verschuldet ist), Rückständigkeit mit der Bezahlung der öffentlichen Abgaben, im Falle ungerechtfertigter Weigerung, das Amt eines Stadtverordneten zu übernehmen.

Juristische Personen können nicht Bürger sein.